

# Menschliche Sicherheit

## Das humanistische Pendant zum „Krieg gegen den Terror“?

von Christoph Marischka

Natürlich war der 11. September 2001 eine Zäsur. Seit diesem Datum hat sich die Weltpolitik spürbar gewandelt, doch aktuelle Debatten zeigen, dass auf analytischer und strategischer Ebene erst jetzt deutliche Konturen sichtbar werden. Zunächst handelten lediglich die USA entschlossen und bestimmt, schienen ein strategisches Konzept zu haben, welches sie seit dem auch einigermaßen konsequent verfolgen, allerdings mit mäßigem Erfolg. Demgegenüber kamen sowohl die UN als auch die EU und relevante Einzelstaaten ins Straucheln, folgten zunächst den USA in ihre Abenteuer, begannen dann zu zweifeln und waren offenbar noch auf der Suche nach klaren außenpolitischen Leitbildern. Auf der wissenschaftlichen Ebene wird diese Suche nach einer neuen Orientierung besonders in der Debatte um die „Neuen Kriege“ deutlich. Vertreter der These von den „Neuen Kriegen“ wie Herfried Münkler und Mary Kaldor versuchen aus aktuellen Debatten um Globalisierung, Terrorismus und gescheiterte Staaten eine neue Sicht auf gegenwärtige Konflikte und internationale Politik zu erzeugen. Diese geht einher mit neuen Bedeutungen von Begriffen wie Sicherheit und Verteidigung, die wiederum in außenpolitischen Strategiepapieren übernommen werden und so ganz konkret Weltpolitik beeinflussen.

Die Suche nach neuen Aufgaben und einer neuen Legitimation für die UN kristallisiert sich gegenwärtig im vor einem Jahr eingesetzten UN-Ausschuss „Threats, Challenges and Change“. Dieser veröffentlichte im Dezember 2004 seinen Bericht „A more secure world: our shared responsibility“ in dem er sich als zukünftiges Konzept für eine Verantwortung zum Schutz („Responsibility to protect“) ausspricht. Wenn Staaten nicht mehr in der Lage sind, ihre Einwohner zu schützen, müsse sich die internationale Gemeinschaft verantwortlich fühlen und diese Aufgabe übernehmen – und zwar notfalls militärisch. Dieser Ansatz birgt die Gefahr in sich, einer entgrenzten Interventionspolitik das Wort zu reden und zum humanistischen Pendant des von den USA ausgerufenen und zeitlich

unbegrenzten „Krieg gegen den Terror“ zu werden. Dies gilt insbesondere, wenn dieser Ansatz von einem Akteur mit eigenen politischen Interessen wie der EU übernommen wird.

Das gegenwärtige Chaos im Irak beweist, dass Konflikte nicht mehr zu lösen sind, indem eine feindliche Armee überwältigt und deren Hauptstadt besetzt wird. Die Bevölkerung muss erreicht werden, um eine neue Ordnung zu installieren. Die daraus folgende Fokussierung auf Individuen in Konflikten führt dazu, dass die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Intervention aufgehoben werden. Es ist zwar schon länger der Fall, dass humanitäre Organisationen in und vor allem nach Kriegen mit dem Militär zusammenarbeiten, doch von den meisten NGOs wurde dies bislang als notwendiges Übel wahrgenommen. In den letzten Monaten hingegen wird sowohl von Regierungsseite als auch von NGOs zunehmend eine engere Kooperation und Koordination gefordert und „Entwicklungszusammenarbeit“ zunehmend als Komponente der Sicherheitspolitik verstanden<sup>1</sup>. Dirk Messner und Jörg Faust vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik schrieben bspw. in der Novemberausgabe 2004 der „Zeitschrift für Entwicklung und Zusammenarbeit“: „Vor diesem Hintergrund fordert das europäische Konzept zu Recht eine engere Verzahnung der unterschiedlichen Instrumente sowie deren Ausrichtung auf das Zielsystem der Sicherheitspolitik. Der Entwicklungspolitik kommt in diesem Kontext eine große Bedeutung zu. Die Entwicklungspolitik muss nun ihren Erfahrungsschatz proaktiv in die Gestaltung der europäischen Außenbeziehungen einbringen und sollte zu diesem Zweck eine Strategie zur flankierung des „Solana-Konzeptes“ formulieren.“<sup>2</sup>

Beide Punkte, die Entgrenzung von Interventionen und die Aufhebung der Grenzen zwischen militärischer und ziviler Intervention enthüllen ihren problematischen Charakter in der im September letzten Jahres veröffentlichten „Human Security Doctrine“ (HSD), welche den Aufbau einer 15.000 Menschen umfas-

senden zivil-militärischen Einsatztruppe als Ergänzung und Effektivierung der EU-Außenpolitik vorschlägt.

### A Human Security Doctrine for Europe<sup>3</sup>

Am „Centre for the Study of Global Governance“ der London School of Economics and Political Science hat sich im Herbst 2003 unter dem Vorsitz der Institutsleiterin Mary Kaldor eine Studiengruppe zu den Fähigkeiten und Möglichkeiten der europäischen Sicherheitspolitik gegründet. Diese 13-köpfige Studiengruppe ist hochgradig besetzt mit dem Friedensforscher Ulrich Albrecht, dem ehemaligen KFOR-Kommandeur Klaus Reinhardt, der Expertin für internationales Recht Christine Chinkin, dem ehemaligen Wirtschaftsminister der Türkei Kemal Dervis und der Direktorin des Institute for Strategic Studies Nicole Gnesotto, sowie weiteren PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen. Der ehemalige NATO-Generalsekretär und heutige EU-Außenbeauftragte Javier Solana beauftragte die Studiengruppe mit Forschungen zu Perspektiven der EU-Außenpolitik.

Nach einem Jahr und einigen Regionalstudien hat die Studiengruppe - begleitet von zusammenfassenden Artikeln in bedeutenden Zeitungen - ihren Bericht mit dem Titel „A Human Security Doctrine for Europe“ an Javier Solana übergeben. Die Hauptforderungen dieses Berichts sind die Aufnahme des Konzepts der „Menschlichen Sicherheit“ in die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)<sup>4</sup> sowie dessen Umsetzung durch den Aufbau einer *Human Security Response Force*, bestehend aus 10.000 Soldaten und 5.000 Zivilisten.

Der Bericht beginnt mit einer kurzen Zustandsbeschreibung. In Armenien, Aserbaidschan und Georgien sind hunderttausende Menschen auf der Flucht, in Palästina leben die Menschen in täglicher Angst vor der Zerstörung ihrer Häuser, in Israel wird eine Busfahrt zum Wagnis und in der Demokratischen Republik Kongo sind über 3 Millionen Menschen im Krieg umgekommen und noch mehr auf der Flucht. Es gibt Massenvergewaltigungen, Kindersoldaten und der Aidsvirus breitet sich unkontrolliert aus. Diese Regionen werden in der HSD als schwarze Löcher („black holes“) beschrieben, die eine Gefahr auch für Europa darstellten, da sie fruchtbarer Boden für Terrorismus, Waffen- und Drogenhandel und kriminelle Netzwerke seien. Die Europäische Union hätte in ihrer neuen Sicherheitsstrategie (ESS) diese neuen Bedrohungen



Abbildung 1: „Schwarze Löcher“ sind Materiekonzentrationen im Raum, die so dicht sind, dass sie alles verschlucken, auch Licht. Als Metapher für instabile Regionen offensichtlich völlig ungeeignet.

erkannt, aber noch keine entsprechenden Fähigkeiten entwickelt, auf diese zu reagieren.

Traditionelle Ansätze wie territoriale Verteidigung und Eindämmung autoritärer Staaten tragen im neuen globalen Kontext nicht mehr. Deshalb müsse die EU ihre Außenpolitik statt auf Staaten auf die Individuen ausrichten, die in diesen „black holes“ leben, und bereit sein, weltweit einzugreifen, um diese zu schützen. Diese Verpflichtung habe sie nicht nur moralisch, sondern auch historisch, rechtlich und aus ihrem „aufgeklärtem Eigeninteresse heraus“, da diese „black holes“ auch die Sicherheit von EU-Bürgern bedrohen. Die HSD konzentriert sich auf Fälle von menschlicher Unsicherheit, die ein militärisches Eingreifen im Rahmen der Petersberg-Aufgaben<sup>5</sup> „nötig“ machen, und schlägt dafür eine Mischform zwischen klassischer „Friedenserhaltung“ und militärischer Intervention vor. Ein Einsatz solle je nach Schwere und Dringlichkeit, Praktikierbarkeit und Erfolgsaussichten, spezieller Verantwortung durch soziale oder geografische Nähe, historischer Verantwortung und öffentlichem Druck beschlossen werden. Solche Einsätze seien eine Chance für Europa, als Friedensmacht nicht nur international sondern auch unter ihren eigenen Bürgern mehr Zustimmung zu erfahren, indem sie sich spürbar für globale Sicherheit und damit die Sicherheit ihrer eigenen Bürger einsetzt.

Das erste Kernelement des Berichtes ist eine Auflistung von sieben Prinzipien, die für EU-Außenpolitik zukünftig gelten sollen, und zwar von der diplomatischen bis zur militärischen Ebene und von der Konfliktprävention bis zur Nachkriegsstabilisierung. Diese Prinzipien lassen

sich ziemlich einfach als das Gegenteil dessen Zusammenfassen, was den USA gegenwärtig hinsichtlich ihrer Politik im Irak vorgeworfen wird und fordern eine Rückbindung an geltendes Recht, Einbeziehung regionaler Akteure, multilaterale Kooperation sowie „angemessene“ Gewaltanwendung.

Der nächste Abschnitt beschäftigt sich mit den dafür notwendigen Kapazitäten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Empfehlung, eine 15.000 Menschen umfassende *Human Security Response Force* aufzubauen, die dem neu zu schaffenden EU-Außenministerium untersteht und vom existierenden Zivil-Militärischen Planungszentrum in Brüssel aus geleitet werden soll. Die Vorschläge diesbezüglich sind sehr konkret: wie die Truppe zusammengesetzt sein soll, welche Kommandostruktur sie haben soll, welche Ausrüstung benötigt wird und wie das Ethos der Soldaten ausgeprägt sein sollte. Selbst über die Zusammenarbeit mit NGOs und privaten Unternehmen wird nachgedacht.

Die ansonsten für notwendig erachteten Voraussetzungen erschöpfen sich hingegen in der Forderung nach neuen rechtlichen Rahmenbedingungen für Interventionen: Wenn möglich solle für die Einsatzkräfte das Recht des Landes gelten, in dem interveniert wird. Da dies oft nicht möglich sein wird, schlagen die Autoren eine Vereinheitlichung der europäischen Strafrechtssysteme vor, denen die Einsatzkräfte grundsätzlich unterliegen. Auch müssten klare Regelungen in den Fällen gefunden werden, in denen sich internationales Recht widerspricht, und Möglichkeiten für die lokale Bevölkerung geschaffen werden, sich zu beschweren. Um Zustimmung in den Gebieten zu erzeugen, in denen interveniert wird, sollen der dortigen Bevölkerung Zweck und Mittel der Intervention erklärt und eine Ombudsperson zur Seite gestellt werden, die regelmäßig im EP Bericht erstattet. Diese Vorschläge sind jedoch sehr unkonkret, ebenso wie die anschließenden Vorschläge zur Behebung des Demokratiedefizits der EU v.a. hinsichtlich der gemeinsamen Außen- und Sicherheits- und Rüstungspolitik. Sie beschränken sich auf Empfehlungen zu mehr Transparenz und mehr Kompetenzen des EU-Parlaments wie auch der nationalen Parlamente.

#### **Menschliche Sicherheit als militärische Sicherheit.**

Ausgehend davon, dass diese Empfehlungen von Javier Solana in Auftrag gegeben wurden und sich hauptsächlich mit

Szenarien beschäftigen, in denen ein militärisches Eingreifen als „nötig“ erachtet wird, kann es kaum erstaunen, dass der Bericht nicht nur implizit die Aufrüstung der EU, sondern auch explizit die Bereitstellung weiterer finanzieller Mittel für das Hauptquartier und Ausbildung der Einsatzkräfte fordert.

Der Bericht begrüßt auch ausdrücklich die Militarisierung der EU und stimmt der Europäischen Sicherheitsstrategie insgesamt und besonders in der Behauptung zu, dass die EU sich verstärkt - auch militärisch - international engagieren müsse:

„Der Europäische Rat hat der Einrichtung einer autonomen Verteidigungsagentur und eines zivilmilitärischen Planungszentrums ebenso zugestimmt, wie auch im Dezember 2003 der ESS. Jetzt entwickelt die EU Schlachtgruppen (‘battle groups’) für den schnellen Einsatz. Einige Vorschläge zur Bildung einer europäischen Gendarmerie und eines zivilen Friedenscorps wurden vorangebracht. Die Koordinierung dieser Initiativen und die Berufung eines neuen EU-Außenministers bergen tatsächlich Potential für eine weitere Entwicklung.“ (S.13)<sup>6</sup>

„Mit der ESS wird Europas Verantwortung für globale Sicherheit ein Kernelement der europäischen Sicherheitsstrategie. Die ESS argumentiert für präventives Engagement, für eine Strategie des ‘effektiven Multilateralismus’ und die Ausdehnung der internationalen Herrschaft des Rechts. Sie fordert, dass die EU aktiver und fähiger werden muss. Dieser Bericht beschäftigt sich damit, wie die EU ihre Fähigkeiten ausbauen kann.“ (S.8)

Vor diesem Hintergrund mag es allerdings überraschen, dass sich die AutorInnen im selben Papier für das Konzept der menschlichen Sicherheit aussprechen. Denn „menschliche Sicherheit“ war einst ein Konzept mit dem gegen das Primat des Militärischen in Sicherheitsfragen argumentiert wurde. Während die staatliche Sicherheit, etwa die territoriale Integrität, nur durch Militär zu verteidigen ist, schafft diese Verteidigung - Krieg - auf Ebene der Individuen eine eklatante menschliche Unsicherheit<sup>7</sup>. Nun fordert diese Studiengruppe mit Rückgriff auf menschliche Sicherheit den Aufbau einer Einsatztruppe und insgesamt Aufrüstung. Der ursprüngliche, weitere Begriff von „menschlicher Sicherheit“ wurde durch das United Nations Development Program in seinem Bericht von 1994 geprägt und definiert als: „Freiheit von Furcht und Freiheit von Mangel“, „Sicherheit vor Bedrohungen durch Krankheiten,

Hunger, Arbeitslosigkeit, Verbrechen, soziale Konflikte, politische Repression und Umweltschäden<sup>8</sup>, also Sicherheit, die sich nicht militärisch herbeiführen lässt. Klar von dieser Definition abzugrenzen ist der Begriff, wie er in der HSD verwandt wird:

„Menschliche Sicherheit bedeutet individuelle Freiheit von grundlegenden Unsicherheiten. Völkermord, systematische Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung, das Verschwindenlassen von Personen, Sklaverei, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schwere Verstöße gegen das Kriebsrecht, wie sie in den Statuten des internationalen Strafgerichtshofes definiert sind, stellen Formen nicht-tolerierbarer Unsicherheit dar, die menschliche Sicherheit verletzen. Massive Verstöße gegen das Recht auf Nahrung, Gesundheit und Wohnen könnten auch in diese Kategorie eingeordnet werden.“ (S.9, eigene Hervorhebung)

Im Wesentlichen wird menschliche Unsicherheit also durch genau das definiert, was bislang als Gründe für sog. Humanitäre Interventionen angegeben wurde. Die sozialen Elemente werden nur im Konjunktiv zu dieser nicht-tolerierbaren menschlichen Unsicherheit gerechnet, die eine Intervention nötig macht. Damit folgen die Autoren einer sich in letzter Zeit stärker herausbildenden engeren Definition von menschlicher Sicherheit, die sich auf „Freiheit von Furcht“ reduziert und, wie Sascha Werthes und David Bosold treffend feststellen, „... in vielen Punkten noch sehr stark an ältere 'klassisch-traditionelle' Sicherheitskonzeptionen [erinnert], während 'Freedom from Want' [Freiheit von Mangel] sich in vielen Punkten nur schwer von Konzepten menschlicher Entwicklung abgrenzen lässt.“<sup>9</sup>

Dieser engeren Definition folgte allerdings auch der ehemalige kanadische Außenminister Lloyd Axworthy, der bereits 1996 versuchte, menschliche Sicherheit zu einem Grundpfeiler der kanadischen Außenpolitik zu machen. Der Vergleich mit der kanadischen Außenpolitik zeigt jedoch, dass das Problem der HSD nicht nur ein definitorisches ist. Während sich der Versuch, menschliche Sicherheit als Paradigma in die Außenpolitik aufzunehmen, auf EU-Ebene derzeit in der Forderung einer neuen zivil-militärischen Eingreiftruppe konkretisiert, verfolgte das kanadische Außenministerium zunächst einen zivilen und multilateralen Ansatz. Es engagierte sich erfolgreich für ein weltweites Verbot von Antipersonenminen, welches im Ottawa-Abkommen

umgesetzt wurde und bis heute von 144 Staaten unterzeichnet wurde. In den folgenden Jahren wurde von der kanadischen Regierung das multilaterale „Netzwerk Menschliche Sicherheit“ aufgebaut. Das kanadische Außenministerium startete im Juni 2000 ein Programm für Menschliche Sicherheit mit fünf verschiedenen Schwerpunkten. Lediglich der Letzte lässt sich mit militärischer Intervention in Verbindung bringen.<sup>10</sup>

### **Dieser Ansatz birgt die Gefahr einer entgrenzten Interventionspolitik das Wort zu reden und zum humanistischen Pendant des von den USA ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ zu werden.**

Die Studiengruppe macht in ihrem Bericht die menschliche Sicherheit hingegen wiederum zum nationalen bzw. zum dem Interesse der EU und damit auch zur militärischen Angelegenheit. Die Autoren argumentieren hier über die Globalisierung, welche dazu führe, dass menschliche Unsicherheit sich nicht mehr national ein- bzw. ausgrenzen ließe und deshalb Menschenrechtsverletzungen irgendwo in der Welt als Terror oder Migration in der EU wirksam werden könnten. Deshalb sei es im „aufgeklärten Eigeninteresse“ der EU, sich überall in der Welt für menschliche Sicherheit einzusetzen:

„Der dritte Grund, das Konzept der menschlichen Sicherheit zu übernehmen ist 'aufgeklärtes Eigeninteresse' [enlightened selfinterest]. Der Punkt beim Konzept der menschlichen Sicherheit ist die Tatsache, dass Europäer nicht sicher leben können, solange andere in der Welt in eklatanter Unsicherheit leben. In scheiternden Staaten und Konfliktgebieten breitet sich eine kriminelle Wirtschaft aus und wird von dort exportiert: Drogen- und Menschenhandel, leichter Zugang zu kleinen Waffen, sogar die zunehmende Gewalttätigkeit in der Gesellschaft werden nicht in der Konfliktregion eingegrenzt sondern sind darüber hinaus spürbar, auch in Europa.“ (S.7)

Indem menschliche Sicherheit global wiederum als Interesse der EU definiert wird, beansprucht die EU eben auch das Recht, diese global durchzusetzen, im eigenen Interesse. So verschwimmen die Grenzen zwischen moralischer Rhetorik und der Formulierung politischer Interessen. Doch, um an dieser Stelle Bundeskanzler Schröder zu zitieren: „Jede

Außenpolitik ist zunächst einmal Interessenpolitik“<sup>11</sup>

### **Firefighting oder Neoimperialismus?**

Die AutorInnen begründen die Notwendigkeit von Interventionen an einer Stelle damit, dass eine Abriegelung der europäischen Grenzen und ein weiterer Abbau demokratischer Freiheitsrechte keine Alternative sei, da sie das Problem nicht an der Wurzel packen.

*Dem Terrorismus zu begegnen, indem lediglich robustere strafrechtliche und geheimdienstliche Maßnahmen innerhalb unserer Grenzen getroffen werden, die tatsächlich die demokratischen Werte und Institutionen Europas gefährden können, kann niemals mehr sein als Brandbekämpfung [firefighting]. Die einzige Antwort auf solche Bedrohungen ist, sich der Sicherheitsbedürfnisse der Menschen in Situationen schwerer Unsicherheit anzunehmen. (S.10)*

Doch diese Argumentation ist nichtig, wenn sie nicht mit Vorschlägen einhergeht, wie menschliche Sicherheit global dauerhaft gewährleistet werden kann und die Entstehung von „black holes“ zu verhindern ist. Damit sind in der HSD die Regionen gemeint, in denen kein Gewaltmonopol und kein funktionierendes Rechtssystem mehr besteht und es dadurch zu alltäglicher Gewalt und menschlicher Unsicherheit kommt:

*Gegenwärtige Konflikte sind im Allgemeinen geprägt durch Zustände von Gesetzlosigkeit, Verarmung, ausschließenden Ideologien und den alltägliche Gewalt. Dadurch werden sie ein fruchtbarer Boden für eine Gemengelage aus Menschenrechtsverletzungen, kriminellen Netzwerken und Terrorismus, die ausstrahlt und Unsicherheit auch jenseits der betroffenen Region auslöst.*

Was dem Bericht jedoch völlig fehlt, ist eine Analyse, wie diese „black holes“ entstehen. Es werden lediglich Regionen benannt, in denen dieser Staatszerfall zu beobachten ist und die also Orte zukünftiger Intervention sein werden: Kaukasus, Zentralasien, der Mittlere Osten und Afrika. Ohne eine solche Analyse und Konzepte zur langfristigen Verhinderung menschlicher Unsicherheit ist aber auch das Entsenden und Bereithalten einer zivil-militärischen Eingreiftruppe lediglich Symptombekämpfung. Ohne eine solche Analyse wirkt der ganze Bericht sehr kulturalistisch, denn es werden einfach Regionen genannt, in denen eben immer wieder solche „black holes“ entstehen. Diese Regionen liegen vornehmlich in der sog. „dritten Welt“ und schaffen

es laut Studiengruppe nicht, sich selbst zu stabilisieren. Deshalb müsse eine EU-Eingreiftruppe kommen und einen funktionierenden Staat bzw. ein funktionierendes Rechts- und Sanktionssystem aufbauen. Aus „aufgeklärtem Eigeninteresse“ und moralischer Überlegenheit heraus.

Eine britische Studie ist im Auftrag des Premierministers Blair am 17. Februar 2005 unter dem Titel „Investing in Prevention“ erschienen<sup>12</sup>. Sie befasst sich mit einem ähnlichen Thema - instabile Regionen und diesbezügliche Handlungsoptionen - ist aber ganz anders aufgebaut: Sie beginnt mit einem Modell, welches interne und externe Faktoren für Instabilität benennt und versucht, kompensierende Fähigkeiten von Staat und Gesellschaft zu operationalisieren. Ebenfalls in das Modell integriert sind externe Schocks wie Naturkatastrophen und Finanzkrisen und externe Faktoren, die eine Stabilisierung befördern. Aus Letzteren ergeben sich die Handlungsempfehlungen für die internationale Gemeinschaft und das UK. Sie sind dementsprechend ziviler Natur: Sicherheitsgarantien, Einbindung in internationale Organisationen und den Welthandel, Stärkung der Zivilgesellschaft und der politischen Institutionen. Dieses Modell ist prinzipiell auf alle Staaten anwendbar und verhindert deshalb den oben angedeuteten kulturalistischen Unterton.

Hätte sich auch die Studiengruppe nach den Ursachen der Instabilität gefragt, wäre auch sie zu einem stärker auf Prävention ausgerichteten, also zivileren Ansatz gekommen. Wenn der Ausgangspunkt aber die Feststellung ist, dass es diese Instabilität einfach gibt, oder wie Münkler es formuliert, der Krieg an den „Barbaren-Grenzen“ endemisch wird, wird sich als „Lösung“ automatisch eine lediglich militärische Bekämpfung der Symptome anbieten.

„Pointiert gesagt müssen wir unsere Stabilität exportieren und die Welt wieder verstaatlichen. Die Länder, die reich sind, müssen dort, wo der Staat zerfallen ist, diesen wieder herstellen. [...] Die Alternative dazu ist eine imperiale, geschützte Wohlstandszone mit neuen Barbaren-Grenzen, jenseits derer Bürgerkriege stattfinden. [...] An diesen neuen Barbaren-Grenzen ist der Krieg endemisch [...]“<sup>13</sup>

Solche Ansätze blenden ebenso wie das britische Strategiepapier die europäische Verantwortung für die Verelendung und Destabilisierung weiter Teile der Welt aus. Die Armut, die vom globalen Kapitalismus europäischen Ursprungs produziert wird, und von der die europäischen Märkte profitieren, ist einer der Hauptauslöser der „neuen Kriege“<sup>14</sup>. Dieses Wirtschaftssystem wurde in imperialen Kriegen der gesamten Welt aufgezwun-

gen, die heute gescheiterten Staaten waren häufig das Ergebnis kolonialer Konflikte und die Mehrzahl der Waffen, mit denen überall Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgeführt werden, sind in den Industrienationen oder unter der Lizenz europäischer Firmen hergestellt worden.

Im Bericht wird die Operation „Artemis“ der EU in der Demokratischen Republik Congo (DRC) als Vorbild für künftige Interventionen genannt. Dieser erste autonome Kampfeinsatz der EU wurde im Juni 2003 unter dem Vorwand begonnen, die EU müsse weiteres Blutvergießen vermeiden und die Region stabilisieren. Wenn man von diesem Ziel ausgeht, muss man „Artemis“ als Fehlschlag einschätzen, denn an der Gesamtlage in der DRC hat sich seit dem nichts geändert. Tatsächlich fand auch dieser Einsatz ohne eine Analyse der Konfliktursachen statt und hat so lediglich in der unmittelbaren Umgebung der europäischen Soldaten, in der Stadt Bunia, für drei Monate weitere Zusammenstöße zwischen Milizen verhindert, die stattdessen das Umland unsicher machten. Sanktionen gegen europäische Firmen, die in diesen Konflikt verstrickt waren, gab es von EU-Seite ebenso wenig, wie die Bereitschaft, der UN für die DRC dauerhaft Truppen bereitzustellen oder einem der destabilisierenden Faktoren, der Ruandischen Regierung, die immense finanzielle Unterstützung zu verweh-

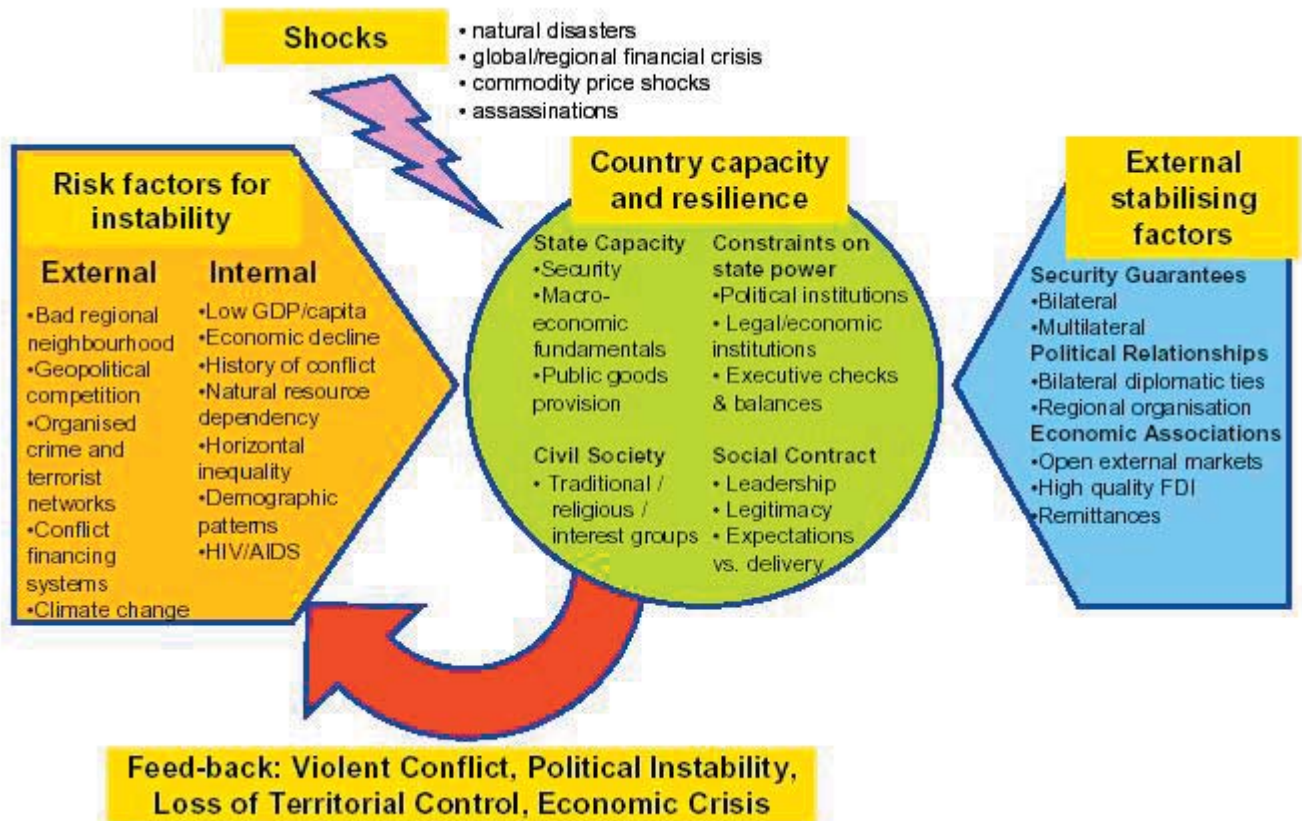


Abbildung II: Prime Minister's Strategy Unit: Investing in Prevention - A Prime Minister's Strategy Unit Report to The Government

ren. Doch sowohl die Studiengruppe als auch Protagonisten einer offensiveren EU-Außenpolitik feiern „Artemis“ als Erfolg. Und tatsächlich hat die Mission ihren eigentlichen Zweck erfüllt: die EU als eigenständigen militärischen Akteur ins Spiel zu bringen und zwar in einer der rohstoffreichsten Regionen der Welt auf dem Gebiet ehemaliger Kolonien.

Es ist also absehbar, dass Einsätze einer Human Security Response Force mit wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen verbunden sein werden. Menschliche Unsicherheit gibt es überall, aber Interventionen werden nur dort und dann stattfinden, wo sich die EU Vorteile daraus verspricht. Kurzfristig werden solche Einsätze die Sicherheit manchmal erhöhen oder senken. Langfristig haben sie außer der Legitimation von EU-Interventionen zur Ausdehnung der eigenen Ordnungsvorstellungen nichts zu bieten. Wenn heute mit Waffengewalt Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in anderen Ländern hergestellt werden, geht es zugleich um Öffnung der Märkte und die Privatisierung öffentlicher Güter. Diese Prozesse liegen zwar im Interesse europäischer Eliten, sind aber der Treibstoff der Konflikte in den ärmeren Ländern der Welt – und Auslöser menschlicher Unsicherheit.

### Zivilmilitärische Zusammenarbeit

Der militärische Schwerpunkt des Berichtes zeigt sich nicht offen. Vielmehr ist er gespickt mit linker Rhetorik und argumentiert in erster Linie legalistisch und humanistisch. So werden neben dem bereits erwähnten „aufgeklärtem Eigeninteresse“ vor allem drei Gründe genannt, warum sich die EU stärker für die menschliche Sicherheit weltweit engagieren müsse: Erstens gäbe es eine moralische Verpflichtung zur Verteidigung menschlicher Würde und Sicherheit, die zwar universell gültig sei, aber von europäischen Bürgern besonders stark wahrgenommen werde. Zweitens existierten rechtliche Verpflichtungen, die sich aus den Artikeln 55 und 56 der UN-Charta und Artikel 4 der EU-Verfassung ergäben. In der Einleitung wird dann noch eine historische Verantwortung Europas im Kontext des 11. Septembers und des Irak-Krieges reklamiert, aber nicht näher begründet.

Eins der wesentlichen Elemente des Berichtes bilden sieben Prinzipien, die zukünftige Interventionen und die Sicherheitspolitik der EU insgesamt leiten sollen. Diese Prinzipien sollen sowohl für Politiker als auch für die Soldaten im Feld gelten und zielen auf eine Rückbindung

der politischen und militärischen Praxis an nationales und internationales Recht sowie auf die Eindämmung militärischer Eigendynamik ab. Diese sieben Prinzipien lauten: Das Primat der Menschenrechte, klare politische Autoritäten, Multilateralismus, ein bottom-up Ansatz, eine regionale Orientierung, die Anwendung legaler Instrumente und „angemessene“ Gewaltanwendung. Diese Prinzipien sollen sowohl Ziel der Intervention sein als auch die Mittel bestimmen. Letztendlich stellen sie traditionell europäische Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dar. Es geht also darum, Rechtsstaatlichkeit mit rechtstaatlichen Mitteln herzustellen, - unter Einbindung des Militärs und Abschaffung des Kriegsrechts.

Militäreinsätze bekommen damit den Charakter von Polizeieinsätzen und sind damit auch prinzipiell offen für die Einbindung von Zivilisten. Ein Drittel der *Human Security Response Force* soll aus Zivilisten bestehen, konkret werden genannt: Polizei-, Steuer- und Zollbeamte, Richter und Rechtsexperten, Spezialisten für die Regionen, nachrichtendienstlich Aufklärer, Menschenrechtsbeobachter und -helfer sowie Kontaktpersonen zur lokalen Bevölkerung. Auch der oder die Oberkommandierende der jeweiligen Intervention soll ZivilistIn sein.

Die Probleme, die zivilmilitärisches Teamwork mit sich bringt, meinen die AutorInnen durch die Implementierung einer neuen Kultur und eines zivilmilitärischen Ethos für die Interventionstruppen ausräumen zu können. Erstens sollen alle Beteiligten jeden einzelnen Menschen höher bewerten als Nation und Vaterland; zweitens militärische Tugenden wie Opferbereitschaft, Heldenmut und Disziplin mit zivilen Fähigkeiten wie Empathie und persönliche Verantwortung kombinieren; drittens das Recht kennen und respektieren und sich viertens der Gender-Dimension von Konflikten bewusst sein. Inwieweit das möglich ist, sich bspw. Disziplin und persönliche Verantwortung vereinbaren lassen, sei an dieser Stelle dahingestellt. Jedenfalls wird in dem Bericht durchgehend suggeriert, dass das Militär zivilisiert werden könne, aber nicht darauf eingegangen, ob zivilmilitärische Zusammenarbeit nicht auch die zivilen, sich in Unterzahl befindenden Kräfte militarisieren könnte. Abgesehen davon ergibt sich auch für die Soldaten im Einsatz eine problematische Situation: Während sie nationalem aber entterritorialisiertem Strafrecht unterstehen, sind sie gleichzeitig zu einer „angemessenen Gewaltanwendung“ und dem Schutz von

Zivilisten verpflichtet. In konkreten Spannungssituationen besteht also keinerlei Rechtssicherheit für die bewaffneten Soldaten.

### Europäische Weltinnenpolitik

Durch die Argumentation, in einer globalisierten Welt würde sich regionale Unsicherheit unkontrolliert verbreiten und damit auch die EU gefährden, wird mit der HSD und ähnlichen Papieren gegenwärtig auch von der EU ein globaler Führungsanspruch reklamiert. Diese rein sicherheitspolitische Begründung wird moralisch flankiert durch den universalistischen Anspruch der Menschenrechte und einer suggerierten moralischen Überlegenheit Europas. Aus der erklärten Universalität der eigenen Wertvorstellungen und global wahrgenommenen Sicherheitsinteressen leiten europäische Politiker und Politikberater den Anspruch ab, Weltinnenpolitik zu betreiben. Durch die Aufhebung der Trennung von Innen- und Außenpolitik werden auch die Mittel der Innenpolitik zu außenpolitischen Mitteln (und andersherum) und vermischen sich. Dies zeigt sich nicht nur beispielsweise im Bereich der Wohlfahrtsallokation in Form von Handelsabkommen und Entwicklungshilfe, sondern zunehmend auch im Sicherheitsbereich, wo militärische Interventionen zunehmend den Charakter von Polizeieinsätzen annehmen. Genau dies ist die offensichtliche Idee, die hinter dem Vorschlag der Studiengruppe zu einer *Human Security Response Force* steht. Sie soll eine Art Bereitschaftspolizei darstellen, die im Falle schwerster Menschenrechtsverletzungen und menschlicher Unsicherheit interveniert und (wieder) einen Zustand von Recht und Ordnung (im europäischen Sinne) herstellt - nur eben auf globaler Ebene. Diese Einsätze sollen eine Mischform aus klassischer Militärintervention und friedenserhaltenden Maßnahmen sein. Ziel ist nicht, einen kollektiven Feind zu besiegen, sondern einzelne Menschen festzunehmen, Zivilisten zu schützen und ein Rechtssystem zu installieren:

„Solche Einsätze liegen irgendwo zwischen klassischen friedenserhaltenden und klassischen militärischen Missionen aber unterscheiden sich von beiden.“(S.11)

„Für das Militär bedeutet dies einen Übergang von der traditionellen Anwendung militärischer Gewalt als Kriegsführung zu deren Anwendung als Rechtsdurchsetzung.“(S.19)

„Das Ziel sollte sein, Menschen zu schützen und alle Verluste zu minimieren. Dies ähnelt eher dem traditionellen

Ansatz der Polizei, die ihr Leben riskiert, um andere zu schützen, obwohl sie bereit ist, im Extremfall zu töten, wie es auch die Soldaten der Human Security Defense Force sein sollten. [...] Minimale Gewalt bedeutet beispielsweise, dass es eine Überreaktion wäre, jemanden zu töten, der festgenommen werden könnte“ (S.20)

Wohlgermerkt, diese polizeiähnlichen Einsätze der *Human Security Response Force* sollen herkömmliche Militäreinsätze nicht ersetzen, sondern sind lediglich als Ergänzung zur ESS gemeint, um die Außenpolitik der EU zu effektivieren. Unabhängig davon weist der Vorschlag für eine Weltinnenpolitik aus einem kerneuropäischen Zentrum zumindest vier wesentliche Defizite auf.

1.) Eine Weltinnenpolitik auf Ebene der Sicherheit muss analog zur inneren Sicherheit ein Gewaltmonopol für sich beanspruchen und aufrechterhalten. Wenn sich global verschiedene Akteure als Hüter der Sicherheit verstehen und globale Interventionstruppen bereithalten, wächst die Unsicherheit dadurch, denn es kann zu Interessengegensätzen oder einfach nur Streitigkeiten über die geeigneten Mittel kommen. Alle Begründungen, die der Bericht andeutet, ob moralisch, rechtlich, historisch oder zivilisatorisch, können und werden von anderen Akteuren ebenso beansprucht. Zwar wird die Zustimmung der UN zu EU-Interventionen ebenso gewünscht wie Multilateralismus, der völkerrechtswidrige NATO-Krieg gegen Jugoslawien wird aber an verschiedenen Stellen als mögliches Szenario für einen Einsatz der *Human Security Response Force* genannt. Für Einsätze ohne UN-Mandat müsse eine enge und eindeutige rechtliche Grundlage formuliert werden:

*Wenn es überhaupt einen Weg geben soll, der nicht über den Sicherheitsrat führt, sollte dieser sehr eng und eindeutig sein. Die meisten Staaten neigen dazu, ihre Kriege als 'gerecht' zu bezeichnen. Falls die EU sich entscheidet, Interventionen auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrates zu ermöglichen, sollten rechtlichen Rahmenbedingungen Kriterien und eine rechtliche Grundlage für solche Interventionen enthalten.“ (S.24)*

Außerdem ist auch der UN-Sicherheitsrat weder als Inhaber eines globalen Gewaltmonopols legitim noch beansprucht er diese Rolle, da er den Staaten das Recht auf Gewaltausübung auf ihrem Territorium grundsätzlich zugesteht.

2.) Der Bericht beschränkt sich auf die Feststellung, dass es Situationen schwerer menschlicher Unsicherheit gibt. Er äußert sich nicht genau, ob dazu auch soziale

Unsicherheit zählt. Wie solche Situationen entstehen und langfristig zu verhindern sind, versucht er nicht zu klären. Dadurch wird nicht nur das Aufkommen solcher Situationen dauerhaft akzeptiert, sondern auch die Aufgabe, in solchen Situationen zu intervenieren, zeitlich entgrenzt. In der Konsequenz werden also auch der Weltpolizeikrieg und die durch ihn bekämpfte Welt(un)ordnung ewig andauern. Dies folgt aus dem Mangel an einer friedlichen Vision der Zukunft. Welche Ursachen hinter dieser Unordnung stecken wird an anderer Stelle diskutiert und muss weiter diskutiert werden, sicherlich sind sie auch in den politischen, ökonomischen und identitären Strukturen der EU zu suchen. Das Ignorieren dieser Frage und das Fokussieren auf zivilmilitärisches Firefighting lassen aber den humanistischen Anspruch der Studiengruppe zumindest fraglich erscheinen.

3.) Die Defizite hinsichtlich der Legitimation (1) und der Analyse (2) werden implizit durch eine kulturalistische Argumentation kompensiert. Warum soll ausgerechnet die EU dazu in der Lage sein, in anderen Ländern das „wahre“ Recht und die richtige Ordnung einzuführen? Der Glaube an die moralische Überlegenheit der eigenen Rechtsordnung ist typisch für imperiale Interessenpolitik. Diese Argumentation unterstützt Vorstellungen einer Zivilmacht, bzw. der besseren Weltmacht, wie sie etwa der rot-grüne Hofphilosoph Habermas entwickelt hat, als er forderte: *„Europa [muss] sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren“*<sup>15</sup>. Diese „Mär von der Zivilmacht Europa“<sup>16</sup> dient europäischen Regierungen zur Legitimation ihrer eigenen Kriege und der Kaschierung ihrer Interessen. Sie ist durch ihre Abgrenzung gegenüber den USA und die Perspektive einer Großmacht wesentliches Element bei der Konstruktion einer europäisch-nationalen Identität.

4.) Ebenso wie im Falle von „humanitären Interventionen“ gibt es keinerlei Garantien dafür, dass solche Einsätze nicht in erster Linie durchgeführt werden, um irgendwo menschliche Sicherheit herzustellen, sondern um wirtschaftliche oder geopolitische Interessen der EU durchzusetzen und mit den USA in eine innerimperiale Konkurrenz zu treten. Schon die Kriterien, die im Bericht für eine mögliche Intervention genannt werden, deuten darauf hin, dass geografisch oder sozial nähere Länder sowie ehemalige Kolonien eher von einer Intervention betroffen

sein werden als entferntere rohstoffärmere Regionen. Die konkret benannten Regionen - Kaukasus, Osteuropa, Afrika, Mittlerer Osten - sind gerade die geopolitischen Interessensphären der EU. Da die Autoren ihren Text als Ergänzung zur ESS verstehen, die beispielsweise ausreichend Zugang zu Rohstoffen<sup>17</sup> als Sicherheit und damit Aufgabe militärischer Außenpolitik definiert, sind sie interessegeleiteter Außenpolitik offensichtlich nicht abgeneigt. Wie aber wirtschaftliche, politische und geostrategische Interessen von der konkreten Beseitigung menschlicher Unsicherheit getrennt werden sollen, wird nicht erwähnt. Daher werden solche Einsätze vor allem oder ausschließlich dort stattfinden, wo die EU weitergehende Interessen verfolgt, wie es sich gegenwärtig im Sudan andeutet.

## Fazit

Die *Human Security Doctrine* ist alles andere als visionär. Viele aktuell dominierende Diskursstränge werden in ihr aufgegriffen, um EU-Außenpolitik zu legitimieren und ihre Intensivierung zu fordern. Die zivilen Elemente sind als Ergänzung zu den bereits bestehenden militärischen Fähigkeiten gemeint, deren Ausbau ausdrücklich begrüßt wird. Die undemokratischen Entscheidungsprozesse der EU zur Außenpolitik lassen die demokratische Rhetorik und das Betonen des bottom-up-Ansatzes ebenso obsolet werden, wie die Forderung, bis zu 5000 Einsatzkräfte müssten innerhalb von Tagen einsetzbar sein.

Die spezifische Qualität des Textes liegt in seiner Perspektive: Die „Globalisierung“ wird benutzt, um die ganze Welt als Interessensphäre der EU zu definieren und damit Außenpolitik als Weltinnenpolitik zu begreifen. Diese territoriale Entgrenzung geht einher mit einer sozialen Entgrenzung des Militärischen. Die naive Annahme, Soldaten würden sich durch die Zusammenarbeit mit Zivilisten, durch ein neues Ethos und ein globales Kriegsrecht, angelehnt an europäische Polizeiverordnungen, zu internationalen Polizisten wandeln lassen, kann nicht ernst genommen werden. Eine fehlende Analyse der Ursache von Konflikten sowie ziviler Möglichkeiten diese zu lösen, verdeutlicht, dass es den Autoren nicht wirklich um menschliche Sicherheit geht. Die historische Schuld der EU-Staaten an der Instabilität ganzer Regionen und deren profitable Beteiligung an den Kriegsökonomien werden verschwiegen. Im Gegenteil wird die europäische Geschichte als Begründung für eine neue Runde impe-

rialer Machtausdehnung genannt, die darauf abzielt, weltweit Wettbewerb und Ausbeutung zu intensivieren.

Die Studiengruppe versucht also bewusst, mit humanistischer Rhetorik ein Pendant zum US-Geführten „Krieg gegen den Terror“ zu schaffen. Einsatzgebiet ist die gesamte Welt und die Mission prinzipiell unendlich. Die Einbindung ziviler Elemente in diesen Weltordnungskrieg ist lediglich die Lehre aus dem partiellen Scheitern der US-amerikanischen Strategie.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. „The New Security Challenges and Europe's International Role „ - Rede von Staatssekretär Dr. Klaus Scharioth anlässlich der Eröffnung der „Young Faces Conference“ in Berlin, 20.01.2005

<sup>2</sup> Jörg Faust, Dirk Messner: Keine Sicherheit ohne pro-aktive Entwicklungspolitik in: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit, Jg. 45, H. 11

[http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/11-2004/schwer\\_art1.html](http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/11-2004/schwer_art1.html)

<sup>3</sup> A Human Security Doctrine for Europe - The Barcelona Report of the Study Group on Europe's Security Capabilities <http://www.lse.ac.uk/Depts/global/Human%20Security%20Report%20Full.pdf>

<sup>4</sup> Der Europäische Rat hat am 13.12. eine Europäische Sicherheitsstrategie mit dem Titel „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ verabschiedet, die auf einem Entwurf Javier Solanas beruht.

<http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/ess.pdf>

<sup>5</sup> Die Petersberg-Aufgaben wurden auf dem WEU-Gipfel 1992 in Bonn definiert und umfassen „Humanitäre Einsätze, Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“ (Artikel 17, Vertrag von Amsterdam)

<sup>6</sup> Alle nicht näher bestimmten Zitate entstammen dem Bericht der Studiengruppe „A Human Security Doctrine for Europe“ s. Fussnote 2, eigene Übersetzung

<sup>7</sup> Canadian Department of Foreign Affairs and International Trade (1999): Human Security: Safety for people in a changing world. <http://www.summit-americas.org/Canada/Humansecurity-english.htm>

<sup>8</sup> Human Development Report 1994 - New dimensions of human security. <http://hdr.undp.org/reports/global/1994/en/>

<sup>9</sup> Sascha Werthes, David Bosold: Das „Human Security“-Paradigma und seine Dilemmata. Vortrag präsentiert auf der AFK-Nachwuchstagung: „Krieg, Gewalt und der prekäre Frieden“ 14. bis 16. Januar 2005, Europa-Institut Bocholt.

[http://www.staff.uni-marburg.de/~werthes/Material/Human\\_Security\\_AFK\\_070105.pdf](http://www.staff.uni-marburg.de/~werthes/Material/Human_Security_AFK_070105.pdf)

<sup>10</sup> Menschliche Sicherheit: Klärungsbedürftiges Konzept, vielversprechende Praxis. In: Bulletin 2003 zur schweizerischen Sicherheits-

politik. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, 2003, 69-103.

[http://cms.isn.ch/public/docs/doc\\_190\\_259\\_de.pdf](http://cms.isn.ch/public/docs/doc_190_259_de.pdf).

<sup>11</sup> Gerhard Schröder: Eine Außenpolitik des „dritten Weges“? in Gewerkschaftliche Monatshefte 7-8, 1999.

<sup>12</sup> Prime Minister's Strategy Unit: Investing in Prevention - A Prime Minister's Strategy Unit Report to The Government. [http://www.strategy.gov.uk/files/pdf/CRI\\_Report1.pdf](http://www.strategy.gov.uk/files/pdf/CRI_Report1.pdf).

<sup>13</sup> Herfried Münkler im Interview mit Spiegel online.

<http://schule.spiegel.de/unterrichtseinheiten/kriegundfrieden/0,4813,268697,00.html>.

<sup>14</sup> World Bank / Oxford University Press (2003): Breaking the Conflict Trap - Civil War and Development Policy

<sup>15</sup> Christoph Marischka: Großmacht mit neuen Mitteln. in: AUSDRUCK – das IMI-Magazin

(April 2004)

<http://imi-online.de/download/IMI-Analyse-2004-009CM-Grossmacht.pdf>

<sup>16</sup> Jürgen Wagner: Partner oder Gegner? Die Militarisierung der Europäischen Union und die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen IMI-Studie 2004/01 <http://imi-online.de/download/IMI-Studie2004-01EU-Mil-USA.pdf>

<sup>17</sup> In der ESS heißt es auf Seite 3: „Die Energieabhängigkeit gibt Europa in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis. Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteur der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50 % durch Einfuhren gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil 70 % erreicht haben. Die Energieeinfuhren stammen zum größten Teil aus der Golfregion, aus Russland und aus Nordafrika.“



## Atomwaffenfreie Welt gefordert

### Atomwaffenfreies Europa abgelehnt

Es ist zu begrüßen, dass sich das Europäische Parlament mit dem Atomwaffensperrvertrag beschäftigt. In der Debatte wurde viel Richtiges gesagt, unter anderem, dass alle Atomwaffen illegal und unmoralisch sind. Allerdings gibt es eine gravierende Diskrepanz zwischen Reden und Handeln - insbesondere in Bezug auf die Atomwaffen der Europäischen Union.

Es ist bedauerlich, dass keine Kritik an der EU-Atomwaffenpolitik geübt wurde. Im European Defence Paper, ausgearbeitet vom europäischen Institut für strategische Studien, steht es schwarz auf weiß. Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium und Mitautor des Papiers, hat es auf den Punkt gebracht: „Wir haben es nicht vermieden, Szenarien zu präsentieren, in welchen die nationalen Nuklearstreitkräfte europäischer Mitgliedstaaten in die Planung mit einfließen können.“

Auch die Forderung im Änderungsantrag der Linksfraktion an, die Mit-

gliedstaaten, die über Atomwaffen verfügen, sich gemeinsam darauf zu einigen, „Atomwaffen nicht als erste einzusetzen oder gegenüber Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, nicht mit ihrem Einsatz zu drohen“, wurde von Konservativen und Sozialdemokraten zurückgewiesen.

Dass diese es auch noch ablehnten die EU und ihre Mitgliedstaaten aufzufordern, „einen Aktionsplan sowie einen Zeitplan vorzulegen, die zum Ziel haben, eine kernwaffenfreie Zone in Europa zu errichten“ ist ein Skandal. Mit einer derartigen Haltung, wird es im Hinblick auf den Atomwaffensperrvertrag keinen Schritt voran gehen. Es ist zu befürchten, dass viele Staaten dieser Erde nicht nur mit dem Verweis auf die USA, sondern auch auf die unnachgiebige Haltung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sich weigern werden, auf Atomwaffen zu verzichten bzw. atomar abzurüsten.

*Tobias Pflüger*